



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 7. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses**

**am Mittwoch, 14.12.2016,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende:



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Rolf Epple

Peter Lerch

Vertretung für Frau Melanie Simon

SPD

Klaus Eisold

ab 17:30 Uhr (ab TOP 6) anwesend

Günter Scharhag

Heinz Schmitt

Bündnis 90/Die Grünen

Andrea Heß

Sophia Maroc

Vertretung für Herrn Lukas Hartmann

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Rolf Morio

Berichterstatter

Jürgen Bibus

Kurt Degen

Christian Hans

Gönül Kuru

Hans Schlösser

Schriftführer/in



Marlen Müller

Entschuldigt

CDU

Melanie Simon

Entschuldigt

SPD

Angelika Hey

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Lukas Hartmann

Entschuldigt

FWG

Aniello Casella

Entschuldigt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Zu Beginn der Sitzung stellte der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Hirsch, zunächst die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungswünsche oder Ergänzungen zur Tagesordnung gab es keine.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

### **Tagesordnung**

#### **Öffentliche Sitzung**

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes
3. Wahl einer/eines Vorsitzenden
4. Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden
5. Bericht der Verwaltung zum Controllingauftrag
6. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2011  
Vorlage: 060/039/2016
7. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

Einwohnerfragestunde

Mangels Einwohner wurden keine Fragen gestellt.

Das Gremium beschloss



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes

Herr Oberbürgermeister Hirsch verpflichtete Herrn Rolf Epple per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten und wies ihn auf all seine Rechte und Pflichten hin.



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

Wahl einer/eines Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Thomas Hirsch, rief den Tagesordnungspunkt auf und verwies auf § 110 Abs. 1 der GemO, wonach die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses ein Ratsmitglied zum Vorsitzenden wählen. Er forderte die Ausschussmitglieder auf, entsprechende Vorschläge einzubringen.

Ratsmitglied Herr Cyrus Bakthari schlug Herrn Rolf Morio als neuen Vorsitzenden vor.

Weitere Vorschläge gingen nicht ein.

Dem Hinweis, die Wahl per Akklamation durchzuführen, wurde einstimmig zugestimmt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss wählte Herrn Rolf Morio einstimmig, bei 1 Enthaltung, zu seinem Vorsitzenden.

Herr Morio nahm die Wahl an.





#### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Thomas Hirsch, rief den Tagesordnungspunkt auf und verwies auf § 110 Abs. 1 der GemO, wonach der Rechnungsprüfungsausschuss ein Ratsmitglied zum Vorsitzenden wählt. Er forderte die Ausschussmitglieder auf, entsprechende Vorschläge einzubringen.

Herr Günter Scharhag schlug Herr Heinz Schmitt vor.

Weitere Vorschläge gingen nicht ein.

Dem Hinweis, die Wahl per Akklamation durchzuführen, wurde einstimmig zugestimmt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss wählte Herrn Heinz Schmitt einstimmig, bei einer Enthaltung, zu seinem stellvertretenden Vorsitzenden.

Herr Oberbürgermeister Hirsch verabschiedete sich nach der Wahl verließ den Ratssaal.

Herr Rolf Morio übernahm den Vorsitz.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Bericht der Verwaltung zum Controllingauftrag

Der Vorsitzende führte kurz in das Thema dieses Tagesordnungspunktes ein und bat Frau Kuru um Berichterstattung zum Thema „Controlling“.

Frau Kuru erläuterte zunächst den Werdegang der Controlling-Stelle in der Funktion als Stabsstelle bis hin zur Sachbearbeiterstelle bei der Kämmereiabteilung. Für das Jahr 2016 wurden im Bereich Controlling folgende Aufgabenschwerpunkte festgelegt:

- Auffälligkeiten/Differenzen zwischen dem Haushalt der Stadt Neustadt und Landau herausarbeiten
- Ermittlung der maximalen Zuschussbeiträge für die Einrichtungen des Teilhaushaltes 2015
- Erstellung der anstehenden Controlling-Berichte zur Stadtentwicklung Süd
- Darlegung, ob bestehende finanzielle Rechtsansprüche der Stadt Landau vollumfänglich geltend gemacht werden

Im Jahresverlauf kamen nachfolgende Sonderaufgaben der Verwaltungsführung hinzu:

- Änderung der Kostenordnungen der DGH/Turnhallen in Stadtteilen
- Liquidation der LGS gGmbH
- sowie „kleinere Sonderaufträge“

Herr Silbernagel wollte wissen, von wem Frau Kuru ihre Arbeitsaufträge erhält.

Frau Kuru antwortete, dass die Aufträge direkt vom Stadtvorstand kommen oder sie selbst Vorschläge für bestimmte Aufträge an die Stadtspitze trägt.

Ratsmitglied Herr Lerch teilte mit, dass auch Vorschläge und/oder Arbeitsaufträge aus dem Rat erteilt werden könnten.

Der Vorsitzende warf die Frage auf, ob es sinnvoll wäre, wieder eine Stabsstelle „Controlling“ einzurichten.

Frau Kuru teilte mit, dass dazu derzeit noch die Struktur fehle. Allerdings halte sie eine Stabsstelle für sinnvoll, da man so näher an den für die Stelle wichtigen Informationen sitze. Ebenfalls wäre eine Teilnahme am Stadtvorstand von Vorteil.

Ratsmitglied Herr Schmitt fragte, ob Frau Kuru mit der Kreisverwaltung Südliche Weinstraße vernetzt ist.

Frau Kuru verneinte dies. Allerdings pflegt sie zu anderen Kommunen wie Neustadt oder Speyer guten Kontakt.

Der Vorsitzende erkundigte sich, warum man die Stabsstelle damals aufgelöst hat.

Herr Bibus berichtete, dass die Stabsstelle für sich allein damals nicht ausgelastet war und man sie demnach in die Kämmereiabteilung integriert habe.



Der Vorsitzende schloss den Tagesordnungspunkt und bedankte sich bei Frau Kuru für die ausführliche Berichterstattung.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeister und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2011

Der Vorsitzende führte kurz in das Thema der Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29.09.2016 ein, auf welche verwiesen wird.

Herr Schlösser erläuterte die wesentlichen Punkte zum Jahresabschluss 2011 und stellte er einige Eckpunkte, insbesondere im Vergleich zum Abschluss 2010, dar. In der Ergebnisrechnung haben sich die Zahlen um rund 16,3 Mio. € gegenüber der ursprünglich veranschlagten 19,5 Mio. € verbessert, was sich in der Finanzrechnung ähnlich darstellt. Hier ergab sich gegenüber der Planung eine Verbesserung um ca. 16,9 Mio. €. Grundsätzlich ist hier für die Zukunft eine Annäherung der Plan- und Ist-Zahlen anzustreben.

Für die neuen Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses erläuterte Herr Schlösser auch nochmals, dass sich der Prüfauftrag aus § 113 Abs. 1 der GemO ergibt und die Prüfungen nach dem sogenannten risikoorientierten Prüfansatz erfolgen. Orientiert habe man sich u. a. an den Handlungsempfehlungen der KGSt, sowie des Instituts der Rechnungsprüfer, welche Prüfstandards entwickelt haben. Die Jahresabschlussprüfung erfolgt nicht ausschließlich als abgeschlossene Prüfungshandlung, sondern besteht aus einem Mix aus Prüfungshandlungen, die überwiegend schon während des jeweiligen Berichtsjahres erfolgen (zum Beispiel durch die Visa-Kontrolle, die Prüfung von Vergaben etc.).

Die vom Rechnungsprüfungsamt beanstandeten inkorrekten Nutzungsdauern bei einzelnen Vermögensgegenständen werden spätestens beim Abschluss 2013 korrigiert. Diesbezüglich wurde von der Kämmererabteilung der Einbau von Kontrollmechanismen zugesagt, welche solche Fehler für die Zukunft weitestgehend ausschließen sollen. Außerdem wird der fehlende Beteiligungsbericht für den Abschluss 2013 entwickelt und vorgelegt. Hinsichtlich der unter 3.1.1 des Berichtes beanstandeten, nicht ausreichend gewährleisteten Funktionstrennung nach § 25 Abs. 5 GemHVO wurde zwischenzeitlich auch eine Lösung herbeigeführt. Insgesamt kam die Rechnungsprüfung zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss 2011 ein den damaligen tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage darstellt.

In diesem Zusammenhang informierte Herr Schlösser, dass der Abschluss 2012 mittlerweile fast fertig geprüft ist und noch vor den Osterferien 2017 den Gremienweg abgeschlossen haben soll. Außerdem soll der Rechnungsprüfungsausschuss in Zukunft –sobald man mit den Jahresabschlüssen auf dem Laufenden ist- wieder mit mehreren Berichterstatern aus den jeweils betroffenen Ämtern tagen, um den Mitgliedern des Ausschusses direkt Rede und Antwort stehen zu können.

Im Anschluss daran fragte Herr Schmitt was genau immaterielle Vermögensgegenstände sind und warum am Ende des Jahres zum Bilanzstichtag höhere Forderungen bestehen.

Herr Schlösser erklärte, dass es bei den immateriellen Vermögensgegenständen um nicht-physische Vermögensgegenstände handelt, wie zum Beispiel Software oder Lizenzen sowie Investitionszuschüsse an Dritte handelt.

Zu den Forderungen informierte Herr Hans, dass es sich hierbei im Wesentlichen um Forderungen aus Transferleistungen handelt (Kostenbeteiligung des Bundes/Landes an der Sozial- und Jugendhilfe), welche oft direkt im neuen Jahr nach dem Bilanzstichtag eingehen.

Herr Schmitt wollte außerdem noch wissen, wie sich die niedergeschlagenen Forderungen ergeben und was dagegen getan wird, um diese zu verringern.



Herr Hans informierte, dass sich diese zum Beispiel aus Unterhaltsvorschusszahlungen und/oder Mietzahlungen ergeben und die Stadt erst niederschlägt, wenn die Vollstreckung keinen Erfolg mehr hat.

Herr Epple griff die Vergabeprüfungen auf und fragte, ob die zuständigen Mitarbeiter durch die interne Dienstanweisung klar wissen, wie sie zu handeln haben.

Herr Schlösser bejahte dies. Die Dienstanweisung regelt das Vergabeverfahren mit seinen Schwellenwerten, Zuständigkeiten etc.

Herr Lerch wollte wissen, ob man bei der Prüfung auch die Effizienz und die Qualität der Arbeiten in der Verwaltung im Auge hat.

Herr Schlösser bejahte dies und teilte mit, dass sich das Rechnungsprüfungsamt dies auch vermehrt zur Aufgabe macht.

Herr Eisold fragte, ob man für die Zukunft einen Produktvergleich bzgl. der Effizienz und Qualität in der Verwaltung, plant.

Herr Degen informierte, dass die Kämmereiabteilung mit der Software IKVS arbeite. Mit der IKVS-Datenbank wird man Kennzahlen zu allen steuerungsrelevanten Themen und Aufgaben über das Internet abrufen und mit den Werten anderer Kommunen vergleichen können. Dies ist unter anderem eine Aufgabe des Controllings und soll im Lauf des Jahres 2017 kritischer beleuchtet werden.

Aus der Mitte des Ausschusses wurden einige Fragen gestellt, die durch Herrn Schlösser bzw. die Herren Degen und Hans zu aller Zufriedenheit umfassend beantwortet wurden. Daraufhin stellte der Vorsitzende fest, dass alle Mitglieder alles zur Kenntnis genommen haben und dass der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 15.09.2016 unter Beachtung der geltenden Bestimmungen erstellt worden ist.

Er sprach sich zudem dafür aus, dass sich der Rechnungsprüfungsausschuss den Ausführungen des Rechnungsprüfungsamtes anschließen sollte. Einwände dagegen wurden nicht erhoben.

Im Anschluss daran ließ er den Beschlussvorschlag, getrennt von den Ziffern a und b, abstimmen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat, sowohl bei Ziffer a, als auch bei Ziffer b einstimmig nachgenannten Beschlussvorschlag:

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt

- a. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2011 sowie
- b. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2011.



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

Verschiedenes

Herr Schlösser informierte die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses, dass bei der Abschlussprüfung zur Landesgartenschau Probleme im technischen Bereich aufgetaucht sind, was nun zwischen den Beteiligten zu Streitigkeiten führte. Eine Schlussrechnung kann demnach derzeit nicht erstellt werden, was wiederum die Auszahlung der Landeszuwendung behindert. Wie lange sich der Prozess hinzieht ist noch nicht absehbar.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses im Frühjahr 2017 einberufen wird.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde die Sitzung um 18.11 Uhr vom Vorsitzenden beendet.



Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 14.12.2016 umfasst 7 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch

Marlen Müller  
Schriftführer